In: IFSH (Hrsg.), OSZE Jahrbuch 2011, Baden-Baden 2013, S. 203-222.

Arne C. Seifert

Der politische Prozess in Zentralasien und die Systemfrage

Ausgangsüberlegungen und Methodik

Autoritäre Regime, ein „klan-bürokratischer" Kapitalismustyp, hohe sozio-ökonomische Differenzierung und soziale Ausgrenzung, die prekäre Lebenssituation großer Bevölkerungsteile, die Gleichzeitigkeit traditionaler und moderner Vergesellschaftung und Werteorientierung, ein rasch zunehmender Einfluss von Religion, vor allem des Islam – so könnten die hauptsächlichen gesellschaftspolitischen Charakteristika umrissen werden, die sich in den zwanzig Jahren der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten ausgeprägt haben.

Eine solche, aus westlicher Perspektive eher problematisch ausfallende Bilanz, bedarf einer gewichtigen positiven Vervollständigung: Die zentralasiatischen Gesellschaften verfügen erstmals in ihrer Geschichte über eigene Staaten und bestimmen selbst über ihr nationales Schicksal. Für die Völker der Region ist dies ein historischer Wendepunkt. Ihre nationale Selbstverwirklichung revitalisiert Schritt für Schritt das traditionelle zivilisatorische, kulturelle und religiöse Gesicht Zentralasiens. Vor allem der Islam, der Glaube der Mehrheit der Bevölkerung, tritt in diesen säkularen Staaten immer stärker hervor. In geopolitischer Hinsicht profiliert sich die Region erneut als Brücke zwischen Asien und Russland bzw. Europa. Enge Kooperationsbeziehungen bestehen mit China, Indien, Pakistan, Afghanistan, dem Iran, der Türkei und den Golfstaaten. Zentralasien wächst somit allmählich wieder in den Kreis islamischer Staaten hinein, dem es historisch angehörte.

Seit zwei Jahrzehnten tragen die Architekten des zentralasiatischen autoritären Regierungsmodells die Verantwortung für den Charakter und den Verlauf der Transformation vom sowjetischen Staatssozialismus zur Marktwirtschaft sowie zu einem neuen Staats- und Gesellschaftsmodell für ihre jungen Staaten. Nicht übersehen werden sollte, dass die Gleichzeitigkeit und Parallelität des Verlaufs von Transformation, Staatsformung und nationaler Identitätsfindung jede Staatsführung vor objektiv schwierige Herausforderungen stellt.

Nach zwanzig Jahren Regierungsverantwortung stellt sich jedoch die Frage, ob und inwieweit jener autokratische Machttypus[1] von einer Übergangser-

1 „Begreift man autoritäre Regime nicht einfach als eine Mischform totalitärer Systeme und demokratischer Regierungen, sondern als ein Systemtypus *sui generis*, muss man sich typologisch relevanter Untersuchungsdimensionen und trennscharfer Kriterien versichern, die [... autoritäre Regime] von Totalitarismus und Demokratie unterscheidbar machen. […] Autoritäre Regime lassen sich als Systeme kennzeichnen, die über einen nur begrenzten Pluralismus verfügen, keine umfassend ausformulierte Ideologie besitzen und, außer in ihren Entstehungsphasen, weder auf eine extensive noch intensive Mobilisierung zu-

scheinung zu einer systemischen Konstante von Staatsgewalt geworden ist. Vieles spricht dafür, dass dem so ist: einerseits die direkte und indirekte Dominanz der Herrschaftsträger über die politische und die ökonomische Sphäre und damit im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis sowie ihre unbegrenzte Verfügung über die Staatsgewalt bei gleichzeitiger Negierung der Gewaltenteilung; andererseits, was den Herrschaftsträgern zurzeit noch entgegenkommt, die Unterordnung und Fragmentierung bedeutender Teile der Eliten, die ein Gegengewicht bilden könnten, der traditionale Konservatismus der Gesellschaft und die Schwäche der Zivilgesellschaft. Diese Relation von Faktoren, die die Herrschaftsträger derzeit *noch* begünstigen, wird sich in dem Maße verändern, wie die gravierenden Entwicklungsdefizite das Verhältnis von Staat und Gesellschaft belasten und sich Letztere dessen bewusst wird.

In einigen Staaten zeichnet sich dies bereits heute ab, wie die Untersuchungen einer Gruppe kasachischer, kirgisischer, russischer, tadschikischer, usbekischer und deutscher Experten von 2010/2011 über die politischen Prozesse in der Region verdeutlichen. Das Ziel der Untersuchungen bestand darin, tiefer in die Dynamik und innere Logik der gesellschaftspolitischen Prozesse in Zentralasien einzudringen. Das erforderte einen Analyseansatz, der sich nicht nur an einem einzigen Koordinatensystem orientiert,[2] sondern die politischen, ökonomischen, sozioökonomischen, kulturellen sowie die werte- und normenorientierten Ausgangsdeterminanten identifiziert und den Widersprüchen in den Gesellschaften als Triebkraft der jeweiligen politischen Prozesse einen dementsprechenden analytischen Rang einräumt. Ein solcher, ganzheitlicher Analyseansatz hatte von der Empirie auszugehen, sozusagen „von unten nach oben". Dabei sollte das Verhältnis zwischen der Machtspitze und der Gesellschaft aus einer Perspektive erfasst werden, die den politischen Prozess als dialektische Wechselbeziehung[3] zwischen der „politischen Gemeinschaft" („die Mitglieder eines politischen Systems und ihre grundsätzli-

---

rückgreifen. Der eingeschränkte Pluralismus muss als zentrales Abgrenzungsmerkmal gegenüber Demokratie […] und totalitären Systemen […] gelten. […] Innerhalb der Grenzen des eingeschränkten Pluralismus variieren die Formen politischer Partizipation. Sie reichen von politischer Apathie über semipluralistische, elitäre Beteiligungsformen bis hin zu intensiver organisierter Mobilisierung." Juan Linz, Autoritäre Regime, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.) Politikwissenschaft, München/Zürich 31989, S. 62

2 So z.B. ökonomische, strukturelle, institutionelle oder am Eliteverhalten orientierte Bewertungskriterien oder solche, die an der Annäherung bzw. Entfernung der zentralasiatischen Regime an die bzw. von der westlichen politischen Ordnung interessiert sind.

3 „Die politisch-ökonomischen Governancestrukturen bilden die Schnittstelle zwischen Politik und Gesellschaft. In dem Augenblick, wo das Verhältnis von politischem Regime und Governancestrukturen in die Transformation einbezogen wird, sind die sozialen Probleme der Gesellschaft, die zum Gegenstand politischer Gestaltung werden, näher zu betrachten. Ein solcher Ansatz nimmt die formale Verfasstheit der politischen Ordnung (*polity*) und die politischen Machtkämpfe (*politics*) ernst und bezieht sie zugleich auf die politische Gestaltung sozialer Prozesse (*policy*)." Michael Brie, Ordnung aus Anarchie, Berlin 2004, S. 19.

chen Wertemuster"[4]), dem „politischen Regime" („grundlegende Struktur des Institutionensystems"[5]) und den „politischen Herrschaftsträgern" („konkrete Inhaber politischer Autoritätsrollen"[6]) versteht, die in ihrer Gesamtheit das politische System bilden. Ein solcher Ansatz sollte Rückschlüsse auf die Effektivität des politischen Regimes ermöglichen, die sich „an dessen Leistungsfähigkeit […] in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht [bemisst]".[7] Letzteres macht die Kongruenz oder Inkongruenz zwischen den Interessen der politischen Gemeinschaft und des politischen Regimes transparent und erlaubt Schlussfolgerungen über die Stabilität oder Instabilität des politischen Systems bzw. des autoritären Regierungsmodells, wie es sich in den letzten zwei Jahrzehnten in Zentralasien profiliert hat. Die Forschergruppe übersetzte diese Erwägungen schließlich in detaillierte Untersuchungskriterien für Länderanalysen. Die verallgemeinerbaren Schlussfolgerungen dieser Länderstudien liegen dem vorliegenden Beitrag zugrunde.

Das politische Regime und die politischen Herrschaftsträger

Auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Studie des Entstehungsprozesses autoritärer Demokratie im Zuge der Transformation in der russischen Provinz Saratow zwischen 1990 und 2000 charakterisierte Michael Brie das Verhältnis der „patrimonialen Macht des Gouverneurs" zur Bevölkerung folgendermaßen:

> „1. Die Rolle der obersten Machtinhaber als Träger aller Macht, aller Verantwortung, der Führung und Repräsentanz des Gemeinwillens und als treibende Kraft jeder Veränderung; 2. die Rolle der Bevölkerung – Menschen, die durch ihre Unterstützung der Machtinhaber zu Stabilität und Fortschritt beitragen, deren Aktivität aber keine Art von Gegenmacht entwickelt oder mit autonomer Organisation verbunden wäre; 3. die Zuweisung aller Probleme, soweit sie nicht aus vorhergehenden Perioden stammen, an die subalterne Bürokratie, die bei der Vermittlung zwischen Macht und Volk immer wieder versagen würde; 4. die Personalisierung der Macht (sog. Personenkult); 5. die Historisierung und Traditionalisierung von Macht; 6. die Reduktion der Massenmedien auf die symbolische Produktion der genannten Merkmale patrimonialer Macht."[8]

4 Susanne Pickel/Gert Pickel, Politische Kultur- und Demokratieforschung, Wiesbaden 2006, S. 79.
5 Ebenda.
6 Ebenda.
7 Ebenda, S. 85.
8 Brie, a.a.O. (Anm. 3), S. 180-181.

Diese Charakteristik des „Patrimonialismus in Zeiten der Transformation" trifft voll und ganz auch auf das Wesen der politischen Herrschaftsträger in Zentralasien zu. Worauf ist eine solche Machtvollkommenheit zurückzuführen?

Die Besonderheit der Machtmonopolisierung in Zentralasien leitet sich aus der Spezifik der Eigentumstransformation im gesamten postsowjetischen Raum sowie einem typischen Verhalten der Eliten im Transformationsprozess her. Letztere entwickelten ein „postkommunistisches Verständnis" von Machtbehauptung unter den Bedingungen des Übergangs zur Marktwirtschaft, in dem der möglichst schnelle und irreversible Transfer von politischer Macht in Eigentum als Schlüsselfrage galt. Folgerichtig wurde auch politische Macht als eine Art Eigentum aufgefasst. Die Teilung politischer Macht wurde automatisch zugleich als Teilung von wirtschaftlicher Macht und umgekehrt wahrgenommen, mit der Folge, dass man besser weder das eine noch das andere teilt. Dieses Paradigma herrscht auch heute unverändert vor.

Mit Ausnahme Kirgisistans, wo 2010 ein zweiter Machtwechsel stattfand, steuerten die Herrschaftseliten in Zentralasien von Anfang den Verlauf aller politischen *und* wirtschaftlichen Veränderungsprozesse. In der frühen Phase der Privatisierung des staatssozialistischen bzw. genossenschaftlichen Eigentums setzten sie ihre bürokratischen und politischen Machtressourcen dazu ein, sich auch der wichtigsten ökonomischen Ressourcen zu bemächtigen. Diese Verkoppelung politischer Strukturen mit wirtschaftlichen Eigentumskartellen prägte nicht nur die Spezifik des neuen Typs von Machteliten als „Domänen personeller Einzelherrschaft".[9] Die Spitzen der Politik wurden so zugleich auch diejenigen der neuen Bourgeoisie, was einen „klan-bürokratischen" Kapitalistentypus hervorbrachte, der sozusagen von der „Stunde Null" der jungen Staaten an die Machtverhältnisse auch in der Ökonomie zu seinen Gunsten bestimmte. Es ist diese Verzahnung von politischer, ökonomischer, militärischer und auch normativer Macht in einer Personalunion, die zu jener Machtfülle führt und ihr quasifeudalistische Züge verleiht.[10]

So ist nicht verwunderlich, dass alle Länderanalysen der oben erwähnten Untersuchung den Ist-Zustand übereinstimmend einschätzen. In Kasachstan trägt die Macht „monokratischen Charakter".[11] Es „dominiert gegenwärtig

9 Ebenda, S. 47.

10 Feudalismus ist neben Vasallentum gekennzeichnet durch eine „politische Zentralgewalt, die versucht […] ein […] Herrschaftsgebiet militärisch, verwaltungsmäßig und wirtschaftlich zu durchdringen". Klaus-Georg Riegel, Feudalismus, in: Nohlen/Schultze, a.a.O. (Anm. 1), S. 234. Weitere Merkmale von Feudalismus sind „eine sich außerordentlich langsam entwickelnde Gesellschaft […] eine strenge Regelung für alle Arten von Tätigkeiten […] der Druck der Traditionen, eine brutale Reglementierung des geistigen Lebens durch die Kirche [und] die Herrschaft der Religion in der Sphäre der Ideologie". Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin 1988, S. 271.

11 K.L. Syroežkin, Social'no-političeski process v Kazachstane (opyt rekonstrukcii) [Der sozioökonomische Prozess in Kasachstan (Die Erfahrung des Wiederaufbaus)], in: Učreždenie Akademii nauk, Institut vostokovedenija RAN, Centr strategičeskich i političeskich issledovani (Hrsg.), Političeski process v Central'noi Azii: resul'taty, problemy, perspektivy

[…] nur eine Gruppierung – diejenige, die [Nursultan] Nasarbajew persönlich gebildet hat und die in von ihm abgesteckten Spielräumen wirkt".[12] Für Usbekistan lässt sich Gleiches feststellen. „In Tadschikistan ist – im Widerspruch zur Verfassung – die Unterordnung der formellen Gewaltenteilung unter den Präsidenten gängige Praxis. Nicht das geringste Ereignis gesellschaftlicher Tragweite entgeht der Kontrolle des Präsidenten. Es verwischen die Grenzen zwischen Republik und Monarchie, Demokratie und Autokratie, Volkssouveränität und Staatsmacht in den Händen eines Einzelnen."[13] Die gleiche Machtkonzentration fand in Kirgisistan unter dem ersten, 2005 gestürzten Präsidenten Askar Akajew und seinem Amtsnachfolger Kurmanbek Bakijew (2005-2010) statt. Die Länderanalyse zu Kirgisistan schätzt ein, dass „die Entstehung des unabhängigen Staates nach den Prinzipien eines Familien-Klan-Kapitalismus"[14] erfolgte.

Die Verantwortung des Westens für die Herausbildung eines solchen Systemtyps darf nicht ausgeblendet werden. Die strategischen Elemente seines Ansatzes waren: „die revolutionäre Installierung einer Unternehmerklasse",[15] die zielstrebige und umfassende Privatisierung des staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums, die Einführung marktwirtschaftlicher Instrumente, der Rückzug des Staates aus der sozialen Sphäre und die Neugestaltung des politischen Systems auf der Grundlage des Modells repräsentativer Demokratie. Vor allem mit seinem Drängen auf eine umfassende Veränderung der Eigentumsverhältnisse durch eine möglichst rasche Privatisierung des staatssozialistischen und genossenschaftlichen Eigentums und auf den Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung verkalkulierte sich der Westen völlig hinsichtlich der negativen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Langzeitwirkungen unter den Bedingungen einer traditionalen Gesellschaft. Die Nutznießer solcher Privatisierungshast waren nämlich die großen Klans, vor allem diejenigen der „ersten Transformationsgeneration", von der hier die Rede ist. Nur sie verfügten nach dem Zusammenbruch der UdSSR über die administrativen und finanziellen Ressourcen, um die Privatisierung zu ihren Gunsten zu entscheiden. Die Folge davon war, dass es weder gelang, politische und ökonomische Macht voneinander zu trennen, noch die sozialen Grundlagen für eine „offene Gesellschaft" zu schaffen. Vielmehr trat das Gegenteil ein: Die „bürokratischen Klan-Kapitalisten" schufen sich eine Herrschaftsform, die den Typ ihrer Mischvergesellschaftung reflektiert, die

---

[Der politische Prozess in Zentralasien: Ergebnisse, Probleme, Perspektiven], Moskau 2011, S. 154 (im Folgenden zitiert als: Der politische Prozess in Zentralasien; dieses und alle weiteren Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

12 Ebenda, S. 153-154.

13 I.K. Usmonov, Ternistyj put' nezavisimosti (transformacionnye processy v sovremennom Tadžikistane) [Der dornige Weg der Unabhängigkeit (Der Transformationsprozess im heutigen Tadschikistan)], in: Der politische Prozess in Zentralasien, a.a.O. (Anm. 11), S. 364 und 347.

14 N.M. Omarov, Kyrgyzskaja Respublika, in: Der politische Prozess in Zentralasien, a.a.O. (Anm. 11), S. 222.

15 Claus Offe, Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Frankfurt/New York 1994, S. 60.

Elemente traditionaler und sowjetischer Prägung aufwies: die sozial weitgehend geschlossene, ihrem Wesen nach undemokratische Klan-Hierarchie. „Die alten historischen […] Herrschaftsverbände […] sind gerade dadurch charakterisiert, dass sie – im Gegensatz zum ‚politischen Staat' – die politischen und ökonomischen Mittel in einer Hand vereinigen."[16]
Ob die „erste Generation" von Klan-Oligarchen ihre Herrschaft auf Dauer halten kann, ist anzuzweifeln. Das heißt jedoch nicht, dass mit ihrem Verschwinden auch das Hauptübel zu beseitigen sein wird: die Symbiose von politischer und ökonomischer Machtkonzentration. Zwar wächst die Konkurrenz in Form neuer, inzwischen herangereifter Unternehmerschichten der zweiten und dritten Generation, die nach Machtbeteiligung streben, wie in Kirgisistan bereits demonstriert. Auf ihre ökonomische Macht werden sie jedoch nicht verzichten. Diese Auseinandersetzungen wiederum werden die Triebkraft bevorstehender Kontroversen in den Eliten der zentralasiatischen Staaten sein und deren Dynamik bestimmen. Aber sie werden weder den herrschenden Typ von Kapitalisten, noch deren Aversion gegen eine Trennung von politischer und ökonomischer Macht sowie gegen eine offene Gesellschaft und Demokratie westlichen Typs „abschaffen".
Politische Langzeitwirkungen wird auch die Tatsache haben, dass „die Transformation des ehemaligen Staatseigentums nicht, wie erhofft, die Herausbildung des freien Eigentümers und eines freien Marktes, geregelter Wirtschafts- und Rechtsbeziehungen sowie einer breiten Mittelschicht bewirkte. Im Gegenteil: Die Bevorrechtigung Privilegierter hinsichtlich Eigentum und sonstiger Beziehungsverflechtungen spaltete die Gesellschaft in eine kleine Besitzerminderheit und eine Mehrheit Besitzloser."[17]

Die politische Gemeinschaft – Spezifik gesellschaftlicher Organisation

Die zentralasiatischen Gesellschaften zeichnet eine Reihe sozialer, politischer, kultureller und religiöser Gemeinsamkeiten aus, bei denen Elemente traditionaler, sowjetischer und moderner Vergesellschaftung ineinandergreifen. Das Traditionale äußert sich vor allem in der Existenz gesellschaftlicher Hierarchien, von denen die regionalen Verbände sowie die Klan- und Sippenverbände ein hohes Maß an sozialer Bindungskraft aufweisen. Sie entwickeln ihre eigenen Interessen, verfolgen diese und verfügen über realen gesellschaftlichen Einfluss. Das verleiht ihnen im Verhältnis zu den politischen Herrschaftsträgern den Charakter und das Gewicht „primärer"[18] Subsysteme. Auch Solidarverbände, eine relativ hohe Religiosität und eine Affinität zu mystischen Phänomenen sind Ausdruck eines hohen Grades an Traditionalismus.

16 Dietrich Jung, Tradition – Moderne – Krieg, Münster 1995, S. 139.
17 Syroežkin, a.a.O. (Anm. 11), S. 125.
18 Vgl. Volker Ronge, Staatstheorie, in: Nohlen/Schultze (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 1), S. 976.

Die gesellschaftlichen Subsysteme bleiben patriarchalischen Führungsmechanismen verhaftet.[19] Sie gleichen einer gesellschaftlichen „Pyramide", an deren Spitze eine starke Führungspersönlichkeit und Ältestenräte stehen, die das System durch ein Beziehungsgeflecht aus traditionellen Loyalitäten und materiellen Bindungen zusammenhalten. Bezugspunkt des kollektiven Bewusstseins der vornehmlich ländlichen Bevölkerung ist weniger der *„Citoyen"*, der Träger der bürgerlichen Rechte, obwohl dieser in den urbanen Ballungsgebieten sozial und politisch durchaus bereits existiert, als vielmehr die Gruppe, die Großfamilie, der Klan und die Region. Diese Netzwerke sind die Basis der politischen Herrschaft und die Grundlage ihrer Legitimation. In ihrer Gesamtheit bilden jene Netzwerke zwar auch eine Form der Pluralität, jedoch nicht jene unbegrenzte Pluralität westlicher Demokratien. Im politischen Leben behindert dies den Aufbau unabhängiger ziviler und politischer Institutionen und schränkt die Autonomie des Einzelnen ein. Gegenwärtig treibt die wachsende Armut die Masse der Bevölkerung zurück in die Gruppen und Großfamilien, die für sie als Ersatz der verlorenen sozialen Sicherungssysteme fungieren.

Auf die Werte- und Verhaltensspezifik der politischen Gemeinschaft in Zentralasien wirkt ein historisches Phänomen ein, das sich als „Bürde der Gleichzeitigkeit" apostrophieren lässt. Im Unterschied zu den Transformationsprozessen in den „alten" Entwicklungsländern, in denen traditionale und kapitalistische Elemente der Vergesellschaftung parallel existieren und Veränderungsprozesse evolutionär verlaufen, womit den Gesellschaften zu ihrer Adaption relativ lange Zeiträume zur Verfügung stehen, wurden die zentralasiatischen Gesellschaften von heute auf morgen in einen abrupten wirtschaftlichen und politischen Systemwechsel gestürzt. Dieser riss sie heraus aus ihrer mehr oder weniger sozial gleichmacherischen Vergesellschaftung unter staatsozialistischen Bedingungen, deren kollektivistisches „Wir" der traditionalen Sozialpsyche näher kam als die das Individuum vereinzelnde bürgerlich-kapitalistische. Auch fühlen sich Zentralasiaten mit jenem kollektivistischen „Wir" den normativen Werten ihrer traditionalen islamischen

19 „Die starke Tradition von Familien- oder ‚Klan'-Bindungen und Gemeinschaftsstrukturen […] wurde während des Übergangs wichtiger. [...] Diese trugen auch zu der intransparenten Aneignung politscher und wirtschaftlicher Macht durch die verschiedenen Klans bei. Die Vergabe von Posten mit politischer oder wirtschaftlicher Verantwortung erfolgt eher auf der Basis von Vertrauen und Patronage als durch wettbewerbsorientierte Auswahlverfahren […] Die Machtstrukturen beruhen auf der sorgsam ausbalancierten Verteilung von Privilegien und Macht zwischen den Klan-Strukturen, um so die politische und soziale Stabilität aufrechtzuerhalten und die Akzeptanz seitens rivalisierender Klans zu wahren. Abgesehen davon, dass diese Ausbalancierung zur politischen Ausgrenzung beiträgt, trägt sie wohl auch zur Unfähigkeit der Wirtschaften bei, vom Leistungsvermögen einer Marktwirtschaft zu profitieren. Sie ermutigt zudem dazu, ökonomische Wachstumsmodelle vorzuziehen, die Renten (Kapitaleinkommen) und die Kontrolle der Zuteilung von Renten an Personen in privilegierten Positionen gewährleisten." United Nations Development Programme, Regional Bureau for Europe and CIS, Beyond Transition. Towards Inclusive Societies, UNDP Regional Human Development Report, Bratislava 2011, S. 50, unter: http://europeandcis.undp.org/home/show/BCD10F8F-F203-1EE9-BB28DEE6D70B52E1 (im Folgenden zitiert als: UNDP Regional Human Development Report).

Glaubensgemeinschaft, der *„Umma“*, verpflichtet, die seit dem Ende des 7. Jahrhunderts bis zum Beginn der sowjetischen Periode die Sozialisation der Menschen grundlegend prägte. Gerade der Islam revitalisiert seinen Einfluss im Kontext von Staatsformung und Retraditionalisierung in intensiver Weise. Das Bewusstsein der Bevölkerungen ist folglich einem gewaltigen Druck der Anpassung an gleichzeitig mehrere, teils gegensätzliche Wert- und Normensysteme unterworfen.

Die Verflechtung von sozialpsychologischer Mentalität und sozioökonomischer Spannung ist ein Faktor, der unvermeidlich zur Politisierung der Bevölkerung beiträgt und auch den gesamten politischen Prozess mit Emotionalität auflädt. Das bei der Steuerung der gesellschaftspolitischen Prozesse zu beachten, erfordert gesteigerte Aufmerksamkeit sowohl hinsichtlich der Politikinhalte als auch mit Blick auf ihre taktische Umsetzung. Die zentralasiatischen politischen Regime und Herrschaftsträger sitzen „im Prozess zwischen den idealtypischen Gegenpolen traditionaler und bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung“[20] bereits zwischen den Stühlen. Denn eine von hoher sozialer Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit betroffene traditionale Gesellschaft wird ihren Zorn zuerst auf jene fokussieren, die sie mit der Exklusivität ihres politischen und ökonomischen Machtmonopols und ihren exkludierenden Herrschaftsmechanismen provozieren. Sozialer Aufruhr, der von der Aggregation der Erwartungen an die soziale Bringepflicht des Herrschers (Staates) und einer somit „personifizierbaren“ Zuweisung von Verantwortung für Verarmung angetrieben ist, birgt das Potenzial hoher Aggressivität und konkreter Zielgenauigkeit in sich.

Der Traditionalismus der Gesellschaft sollte keineswegs als ein versteinertes, sondern als evolutionäres Phänomen verstanden werden. In den zentralasiatischen Gesellschaften beruht er auf einem „Legitimitätsverständnis aus [traditionalem, A.S.] Gewohnheitsrecht und Normen des sowjetischen Verwaltungsrechts. Aber es ist gerade diese eigenartige Synthese, die die Spielregeln sowohl innerhalb der politischen Klasse als auch ihrer Beziehungen zur Gesellschaft bestimmt“.[21] Diese Mischlogik erlaubt grundsätzlich den „starken Führer“, den große wirtschaftliche und politische Macht auszeichnen. Die Bevölkerung hat ihn sowohl aus der traditionalen als auch aus der sowjetischen Hierarchie verinnerlicht. Die traditionale Gemeinschaft auferlegte ihm jedoch Verpflichtungen – er war „für die physische und materielle Absicherung des Herrschaftsverbandes [heute: des politischen Systems, A.S.] verantwortlich“.[22] Von daher ist die soziale Psyche der Gemeinschaft auf eine inkludierende Machtbalance orientiert und verschließt sich auf Dauer ausgerichteten, exkludierenden Machtambitionen seitens *eines* ihrer *Subsysteme*, z.B. eines regionalen, wie des kuljabischen oder dangarinischen in Tadschikistan bzw. eines nördlichen oder südlichen wie in Kirgisistan. Sie verschließt

20 Jung, a.a.O. (Anm. 16), S. 162.
21 Syroežkin, a.a.O. (Anm. 11), S. 165.
22 Jung, a.a.O. (Anm. 16), S. 141.

sich umso mehr, wenn der Führer seiner Pflicht nicht nachkommt, die Reproduktion der materiellen Existenzgrundlagen der Gemeinschaft („Pyramide") als Ganzes zu garantieren. Aus dieser Kombination von traditionaler Pflicht und dem Versagen bei der Gewährleistung von Überlebensperspektiven einer Bevölkerungsmehrheit erwachsen die großen Schwierigkeiten, mit denen ein partikulares, autoritäres Regierungsmodell in Zentralasien rechnen muss.

Politisches Regime – politische Herrschaftsträger – politische Gemeinschaft

Die gesellschaftspolitische Effektivität der politischen Regime ist messbar an deren Umgang mit zwei zentralen Kriterien: der Fähigkeit, die Reproduktion der materiellen und immateriellen Existenz- und Entwicklungsbedingungen der Gesellschaft zu gewährleisten, sowie der Koordinierung der Interessen einer Vielzahl „primärer" gesellschaftlicher (Sub-)Systeme. Der kritische Punkt ist hier, „die zentralen Steuerungsabsichten mit den Autonomiebestrebungen der anderen Systeme zum Ausgleich zu bringen".[23] Letzteres ist entscheidend für die Beziehungen der staatlichen Herrschaftsträger zur gesellschaftlichen Sphäre. Die Schlüsselfrage lautet: Wie werden sie der inneren Logik der „Pyramide" gerecht? Der Umgang der Herrschaftsträger mit diesen Kriterien und die dabei erzielten Ergebnisse lassen erkennen, inwieweit zwischen ihnen und der politischen Gemeinschaft eine die Stabilität des gemeinsamen Staates gewährleistende Interessensidentität herrscht.
Der Effektivitätsbewertung ist ein weiteres untrügliches Kriterium zugrunde zu legen: die historische Erfahrung der Gesellschaften. Deren heutiges Erfahrungspotenzial reicht zurück bis ins erste Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts, dem Beginn der staatssozialistischen Periode, die von staats- bzw. genossenschaftlichem Eigentum und Vollbeschäftigung gekennzeichnet war und aus der heraus vor zwanzig Jahren der Übergang in die Eigenstaatlichkeit erfolgte. Der zentrale Staatshaushalt der UdSSR subventionierte die Finanzbudgets der zentralasiatischen Sowjetrepubliken. Noch 1990 flossen aus dieser Quelle rund 40 Milliarden US-Dollar in die Region. Mit diesen Mitteln konnte z.B. Usbekistan 75 Prozent seiner Sozialausgaben (sechs Milliarden US-Dollar) begleichen.[24] „Alles in allem verfügte die Bevölkerung in den zentralasiatischen Republiken über einen verhältnismäßig hohen Stand an Bildung, Gesundheitsversorgung, Kultur, Kunst und Wohlstand. Die Alphabetisierungsrate betrug nahezu einhundert Prozent. Der Mittelschulbesuch war obligatorisch. Die Geldbezüge der Bevölkerung waren nicht überschwänglich, dafür jedoch sicher und stabil."[25]

23 Linz, a.a.O. (Anm. 1), S.61-62.
24 Vgl. V.V. Paramonov, Respublika Uzbekistan v kontekste transformacii [Die Republik Usbekistan im Kontext der Transformation], in: Der politische Prozess in Zentralasien, a.a.O. (Anm. 11), S. 239.
25 Usmonov, a.a.O. (Anm. 13), S. 300-301.

Dieser Entwicklungsstand von 1991 war das Ergebnis eines ersten Transformationssprungs der zentralasiatischen Gesellschaften, der sie, setzt man die 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts als Zeitgrenze, nur rund 70 Jahre zuvor aus feudalen Verhältnissen herausgeführt hatte. Was feudale Verhältnisse für die allermeisten Menschen bedeuteten, soll am Beispiel Tadschikistans kurz demonstriert werden.

Die damalige Elite des östlichen Teils des Emirats von Buchara, aus dem Tadschikistan hervorging, beschränkte sich im Wesentlichen auf den Diwan (Rat) des Emirs, seine Verwaltung und islamische Geistliche. Dort waren noch 1926 lediglich 2,2 Prozent der Gesamtbevölkerung des Lesens und Schreibens mächtig, auf dem Lande nur noch 1,2 Prozent und sogar nur 0,3 Prozent der Frauen und Mädchen.[26] In den Jahren 1927 bis 1929 besuchten von 1.000 Kindern nur 16 Jungen und neun Mädchen eine Grundschule. Die allgemeine Schulpflicht wurde erst 1932/1933 eingeführt. Unter großen Anstrengungen konnte das Analphabetentum bis 1939 bei 71 Prozent der Bevölkerung überwunden werden. Jedoch hatten bis 1940 erst 3,3 Prozent der Lehrer einen Hochschulabschluss. 1926 standen der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (damals Teil Usbekistans, seit 1929 Tadschikische Sozialistische Sowjetrepublik) 20 Ingenieure, acht Landwirtschaftsspezialisten und 23 Ärzte zur Verfügung, die zumeist russischer Herkunft waren.[27]

Umso drastischer erschütterte die zentralasiatischen Gesellschaften der Zusammenbruch des „gemeinsamen Gebäudes" UdSSR und dessen Folgen. Die ersten Jahre der Eigenstaatlichkeit waren geprägt von der durch den Zusammenbruch der UdSSR und ihres arbeitsteiligen Wirtschaftskreislaufs bedingte katastrophale Verschlechterung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Besonders gravierend wirkte sich die ersatzlose Vernichtung des Systems sozialer Reproduktion der Gesellschaft im Staatssozialismus im Gefolge der Privatisierung des staatlichen und genossenschaftlichen Eigentumssektors aus. Letzterer erfüllte eine zentrale Funktion bei der Versorgung der Bevölkerung mit Verbrauchsgütern, Wohnraum, medizinischer Betreuung, Erholungseinrichtungen, Kindergärten, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie bei der Rentnerbetreuung. Diese sozialen Folgen der westlichen Orientierung auf eine neoliberale „Schocktherapie" trafen die wirtschaftlich schwächeren Staaten wie Kirgisistan und Tadschikistan besonders hart. Die meisten zentralasiatischen Gesellschaften vermochten sie bis auf den heutigen Tag nicht zu verkraften.

Die Gegenüberstellung zweier Transformationsepochen, die über die zentralasiatischen Gesellschaften in rund einem dreiviertel Jahrhundert hinweg zogen – vom tiefsten orientalischen Feudalismus und Sultanismus in den Staatssozialismus sowjetischer Prägung und von dort in die kapitalistische

26 Vgl. Khanna N. Drikker, Formirovanie klassov socialističeskogo obščestva v Tadžikistane [Die Entstehung der Klassen in der sozialistischen Gesellschaft Tadschikistans], Duschanbe 1983, S. 72.

27 Vgl. ebenda, S. 73.

Produktions- und Aneignungsweise – führt zu folgendem vorläufigen Fazit: Wenn die ökonomische und soziale Entwicklung im größten Teil des 20. Jahrhunderts aufsteigend war, so bringt die zweite, jetzige Transformationsetappe für die Lebensumstände der Masse der Bevölkerung Stagnation oder sogar Regression.

Die Systemfrage – das Auseinanderklaffen der Interessen von politischer Gemeinschaft und politischen Herrschaftsträgern

Die Führung der zentralasiatischen Gesellschaften durch gleichartige politische Regime und Herrschaftsträger brachte bei analogen sozialen Rahmenbedingungen eine Reihe übereinstimmender, gravierender Entwicklungsdefizite hervor. Diese verdeutlichen, auf welchen Gebieten und in welchem Maße die Interessen zweier Grundpfeiler des politischen Systems – der politischen Gemeinschaft und der politischen Herrschaftsträger – auseinanderklaffen. Jener Interessenwiderspruch, sein Erkennen, das Umsetzen in Wünsche, Forderungen und Aktionen in der politischen Gemeinschaft sowie das Reagieren und Agieren der Herrschaftsträger werden den politischen Prozess in der Region in der kommenden Zeit bestimmen und dynamisieren.
Die Bewertung der Entwicklungsdefizite kann anhand der folgenden verallgemeinernden Frage vorgenommen werden: Waren die Herrschaftsträger in zwanzig Jahren Transformation und Staatsformung ausreichend effektiv, um ihre Staaten auf den Weg in die Moderne zu lenken (was es wiederum erforderlich macht, die Frage nach dem „modernen zentralasiatischen Staat“ zu stellen und konzeptionell zu beantworten), den Produktivkräften dynamisches Wachstum und den Bevölkerungen befriedigende Lebensqualität sowie soziale Perspektiven zu ermöglichen?
Die Systemfrage *so* zustellen, ist nicht gleichbedeutend mit der Machtfrage. Letztere würden die Herrschaftsträger allerdings dann selbst provozieren, verschlössen sie sich einer kritischen und selbstkritischen Reflexion der Effektivität ihrer Regime und daraus zu ziehenden Folgerungen.
Welche Entwicklungsdefizite könnten die innere Stabilität der politischen Systeme aus dem Gleichgewicht bringen?

Schwache wirtschaftliche Grundlagen für eine selbsttragende ökonomische Entwicklung

Mit Ausnahme Kasachstans und Turkmenistans, die auf Gewinne und einen gewissen Industrialisierungsschub aus der Grundrente (Erdöl- und Erdgas) bauen können, befinden sich die jungen Staaten Zentralasiens in derselben wirtschaftlichen Ausgangslage wie die meisten Entwicklungsländer: Sie sind abhängig von der Gewinnung und dem Export von Rohstoffen und Energieträgern, d.h. fossilen Brennstoffen und Hydroenergie sowie Edelmetallen,

Baumwolle, Erzen, Aluminium und Uran. Der Export von Arbeitskräften und deren Geldsendungen sind gegenwärtig eine „Lebensader für die zentralasiatischen Herkunftsländer" Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan,[28] was belegt, dass die ökonomischen Grundlagen dieser Staaten zu schwach sind, um beträchtliche Teile ihrer eigenen arbeitsfähigen Bevölkerung zu ernähren. Die strategischen Gefahren dieser einseitigen Wirtschaftsprofilierung sind bekannt: materiell-technische Unterentwicklung, hohe Abhängigkeit von den Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten, Arbeitslosigkeit und Umweltschäden. Hinzu kommt, dass sich lediglich kleine Unternehmergruppen den Gewinn aus dem Rohstoffexport aneignen, was zu einem schwachen Binnenmarkt führt und die soziale Polarisierung vorantreibt.

Inakzeptable Lebensqualität

Die gesamte Region ist heute mit einer fundamentalen Verschlechterung der sozialen Lebensumstände konfrontiert. Dabei fallen nicht mehr allein die negativen *quantitativen* Parameter wie niedriges Pro-Kopf-Einkommen, große Armut und Arbeitslosigkeit oder schlechte bis gar keine sozialen Vorsorgesysteme[29] ins Gewicht. Vielmehr geht es bereits um deren *qualitativen* Sprung zu massenhafter sozialer Ausgrenzung und Spaltung in den Gesellschaften. Diese Tiefenwirkungen beschreibt der UNDP-Entwicklungsbericht 2011 in einer Bewertung der sozialen Entwicklungsindikatoren im zwanzigjährigen Zeitraum seit dem Beginn der Transformation wie folgt:

> „Der *Social Exclusion Index* zeigt, dass das Risiko sozialer Ausgrenzung für die Menschen in Zentralasien besonders hoch ist. [...] Das Wirtschaftswachstum hat keine annehmbaren Arbeitsplätze für die zahlenmäßig große Landbevölkerung Zentralasiens geschaffen, was zu weit verbreiteter Arbeitslosigkeit, einer hohen Konzentration ländlicher Armut und zu – interner und externer – Arbeitsmigration als wichtigster Bewältigungsstrategie geführt hat. Wirtschaftliche Ausgrenzung trägt wiederum zum Ausschluss von sozialen Diensten bei, da Menschen mit niedrigem Einkommen nicht in der Lage sind, informelle Zahlungen zu

28 In den Boomjahren 2004 bis 2008 verließen ca. 500.000-800.000 Kirgisen, 600.000 Tadschiken und mehr als zwei Millionen Usbeken auf der Suche nach Arbeit ihre Heimat, davon arbeiteten etwa 60 Prozent der Usbeken, 80 Prozent der Kirgisen und 90 Prozent der Tadschiken in Russland. Im Jahr 2008 entsprach der geschätzte Umfang der Rücküberweisungen nach Tadschikistan 49 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in Kirgisistan 27 Prozent und in Usbekistan 13 Prozent. Ihre enorme Bedeutung wird an der Tatsache deutlich, dass sie ein sehr viel größeres Volumen als offizielle Entwicklungshilfezahlungen und ausländische Direktinvestitionen haben. Laut einer Umfrage (2007) unter Arbeitsmigranten in verschiedenen russischen Städten hingen 17-29 Prozent ihrer Familien zu Hause völlig von den Geldtransfers ab, 35-50 Prozent zur Hälfte und 11-26 Prozent noch zu einem Viertel. Vgl. Brigitte Heuer, Harte Zeiten für Arbeitsmigranten. Auswirkungen der globalen Rezession auf die Arbeitsmigration, in: Zentralasien-Analysen 27/2010, 29. Januar 2010, S. 2-6, hier: S. 2 und 4.

29 So in Tadschikistan.

> leisten, die den extrem niedrigen Anteil des BIP, der für Gesundheitsausgaben aufgewendet wird, ergänzen. Wirtschaftliche Ausgrenzung wird in vielen Fällen an zukünftige Generationen weitergegeben, da die Unterschiede zwischen Stadt und Land z.B. bedeuten, dass Kindern der Zugang zu einer ordentlichen höheren Schulbildung verwehrt wird und sie möglicherweise gezwungen werden, zu Hause zu bleiben, um im Haushalt zu helfen. Kleinere Kinder haben keinen Zugang zur Vorschulerziehung, die ihnen einen guten Start ermöglichen und ihnen helfen würde, eventuelle Nachteile in nachfolgenden Bildungsstufen auszugleichen. Infolge fehlender Investitionen in die soziale Infrastruktur ist für die Landbevölkerung die Versorgung mit Energie, Heizung oder fließendem Wasser nicht zuverlässig gewährleistet, was zur Einkommens- und Beschäftigungsunsicherheit noch hinzukommt.“[30]

Nach diesem Bericht gelten gegenwärtig in Kasachstan 32 Prozent der Bevölkerung und in Tadschikistan 72 Prozent als „sozial ausgegrenzt“.[31]
Es hat sich ein umfangreicher „informeller Arbeitssektor“ entwickelt, der bereits mehr als 50 Prozent des Arbeitsmarkts in Zentralasien ausmacht.[32] Die in ihm Beschäftigten arbeiten ohne formelle Arbeitsverträge und haben keine Versicherungs- oder Pensionsansprüche. Letzteres bedeutet, dass sich die Verarmung zukünftig noch weiter ausbreiten wird. Aus dieser Schicht rekrutieren sich die Bewohner sozial fragiler, Slum-ähnlicher Siedlungen an den Stadträndern, die die urbanen Zentren mit potenziellen sozialen Krisengürteln umgeben und deren oft gemischte ethnische Zusammensetzung ein hohes Konfliktpotenzial aufweist.

Jugendprobleme

Die Bevölkerung der zentralasiatischen Staaten wird immer jünger. Sie wächst jährlich um durchschnittlich 1,7 Prozent; inzwischen sind 30 Prozent der Einwohner jünger als 15 Jahre. Dieses Strukturproblem zeigt sich akut in der Jugendarbeitslosigkeit, die in den zentralasiatischen Staaten mit Ausnahme Kasachstans derzeit auf über 20 Prozent geschätzt wird.[33] Ein Viertel der kasachischen Bevölkerung wurde nach 1991 geboren. Kinder (0-14 Jahre) und junge Erwachsene (15-29 Jahre) machen in Kasachstan 33 bzw. 28 Prozent des sozial ausgegrenzten Bevölkerungsanteils aus und in Tadschikistan 73 bzw. 72 Prozent.[34] Der Anteil von Kindern in Haushalten mit Kon-

30 UNDP Regional Human Development Report, a.a.O. (Anm. 19), S. 50. Unter „sozialer Ausgrenzung“ subsumiert der Bericht Armut, das Fehlen grundlegender Fertigkeiten, geringe Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten sowie den unzureichenden Zugang zu sozialen und kommunalen Netzwerken und Aktivitäten. Vgl. ebenda, S. 8.
31 Vgl. ebenda, S. 38.
32 Vgl. ebenda, S. 25.
33 Vgl. Andrea Schmitz/Alexander Wolters, Revolutionen in Zentralasien?, in: Zentralasien-Analysen 43-44/2011, 29. Juli 2011, S. 2-5, hier: S. 2.
34 Vgl. UNDP Regional Human Development Report, a.a.O. (Anm. 19), S. 43.

sumausgaben von unter 2,5 US-Dollar pro Tag und Kopf betrug 2005 in Kirgisistan 90 Prozent, in Usbekistan 80 Prozent und in Tadschikistan 75 Prozent.[35] Der Anteil der 15-29-Jährigen an den 1,5 Millionen tadschikischen Arbeitsmigranten beträgt 53 Prozent.[36] Von den Arbeitslosen in der tadschikischen Landwirtschaft sind 83,6 Prozent unter 40 Jahre alt.[37]
Eine Analyse der Situation in Kasachstan stellt zur Jugendarbeitslosigkeit fest:

> „Von den arbeitslosen Jugendlichen verfügt ein beträchtlicher Teil über eine – nicht selten im Ausland erworbene – Hochschulbildung.
> Aber diese jungen Spezialisten werden von niemandem gebraucht. Die alten Kader sehen in ihnen eine überflüssige Konkurrenz. Gleichzeitig vollzieht sich ein Prozess, in dem sich die marginalisierten Jugendlichen, zumeist Binnenmigranten, zusammenschließen. Sie siedeln sich in den Vororten der großen Städte an, wo sie keiner Aufsicht unterliegen. Allein in den Vororten Almatys leben mehr als 60.000 solcher Migranten. Sie schließen sich häufig zu radikal geneigten Gruppen zusammen. Seit einiger Zeit lässt sich beobachten, dass die Jugend sich zunehmend pseudo-religiösen Gruppierungen anschließt. Auch solchen extremistischen Charakters.“[38]

Soziologische Studien in der Region stellen fest, dass die kritische sozioökonomische Situation und die zunehmende Archaisierung der sozialen Beziehungen insbesondere in der Jugend eine Deformierung des Wertesystems und der soziokulturellen Sphäre bewirken. Die Schwäche der produktiven Sphäre und die hohe Arbeitslosigkeit verdrängen die Arbeit als zentrale Einkommensquelle und steigern die Attraktivität nichtökonomischen, parasitären Einkommenserwerbs. „Abhängigkeiten, Zwang, fehlendes Verantwortungsbewusstsein, hierarchische vertikale Beziehungen, Obrigkeitsverhalten, Unterwerfung. […] Es vollzieht sich ein soziokultureller Archaisierungspozess der sozialen Beziehungen und der menschlichen Lebensführung. […] Die Verarmung der Arbeitswelt ist der soziale Preis, den wir für die Reformen bezahlen.“[39]

Die politische Ausgrenzung der Bevölkerungsmehrheit

Die Mehrheit der Bevölkerung wurde nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht einer durch sie nicht beeinflussbaren Entwick-

35 Vgl. ebenda, S. 18.
36 Vgl. Chojamachmad Umarov, Krisis v Tadžikistane [Die Krise in Tadschikistan], Duschanbe 2010, S. 217.
37 Vgl. ebenda, S. 218.
38 Syroežkin, a.a.O. (Anm. 11), S. 146.
39 Šonazar Šoismatulloev, Tadžikistan v zerkale preemstvennosti i smeny pololenii, [Tadschikistan im Spiegel von Kontinuität und Generationenwechsel], Duschanbe 2008, S. 195.

lung ausgeliefert. Sie bekam nicht die Möglichkeit demokratischer Mitbestimmung bei den Entscheidungen über die gesellschaftspolitische Orientierung ihres jungen Staates, über den Charakter seiner politischen Ordnung oder bei sonstigen Reformen. Die politische Lenkung der Transformationsprozesse lag bei Kräften, die sich weder von ihrer sozialen noch von ihrer politischen Perspektive her eine gerechtere Gesellschaft zum Ziel setzten. Die neue politische Macht blieb wie ihre sowjetische Vorgängerin undemokratisch. Sie erwies sich als monozentristisch, autoritär und nur eingeschränkt pluralistisch; sie konnte keine nationale Identität stiftende Ideologie zur Verfügung stellen und hatte kein Interesse an einer demokratischen Mobilisierung ihrer Bevölkerung zur Mitbestimmung über die Staatsformungsprozesse. Auf dem Gebiet der Religion hielt sie am alten sowjetischen Verständnis von Säkularismus fest. Dieses trennte den Staat von der *Religion* seiner Bevölkerung, während das originäre europäische Säkularismusverständnis Staat (Staatsmacht) und *Kirche* voneinander trennt. Der neue säkulare Staat unterwarf sich das religiöse Leben, reglementierte die Religionsfreiheit und nimmt islamische politische Akteure als Gegner wahr. Im Großen und Ganzen erschwert dieser Charakter der Macht die Demokratisierung und die politische Flexibilität, die erforderlich sind, um innere Spannungen zu reduzieren und zu einem möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens in den zentralen Fragen von Transformation, Staatsformung und innerstaatlicher Konfliktprävention zu gelangen.

Die Zerbrechlichkeit der politischen Systeme

Die Tatsache, dass die politischen Regime Zentralasiens als teilweise polizeistaatlich gestützte Monolithen erscheinen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie sich auf eine nur schmale gesellschaftliche Basis stützen können. Die geschilderten Entwicklungsdefizite untergraben zwangsläufig das Vertrauen der Bevölkerungen in die Regierung. Dieser Zustand ist, wie das UNDP für die Region einschätzt, bereits erreicht: „Die Menschen trauen [...] Regierungsinstitutionen nicht, von denen sie annehmen, dass sie nur ihre eigenen Interessen schützen […] Fehlendes Vertrauen in die Institutionen führt zum Scheitern des Gesellschaftsvertrags zwischen Bürgern und Staat.“[40] Nach dem Habitus der traditionalen Gesellschaft bedeutet das, dass der „Gesellschaftsvertrag“ zwischen den Klan- und Familienverbänden einerseits und dem Staat andererseits verletzt ist. Die gesellschaftliche „Pyramide“ steht quasi auf dem Kopf, weil die Herrschaftsträger nicht dem überwölbenden Interesse der politischen Gemeinschaft und deren Erwartung entsprechen, nämlich ihr einen realen Zugewinn an Qualität ihrer Reproduktions- und Lebensbedingungen zu gewährleisten. Wenn es das Ziel von Transformation ist, einen Gesellschaftszustand durch einen neuen, besseren zu ersetzen, so

40 UNDP Regional Human Development Report, a.a.O. (Anm. 19), S. 3 und 32.

kommt man um das Urteil nicht herum, dass diese Hoffnung bisher nicht erfüllt wurde.

Dafür gibt es viele Gründe, darunter auch objektive, kurzfristig nicht lösbare. Unabhängig davon aber bilden diese grundsätzliche Erwartung der politischen Gemeinschaft einerseits und das Vermögen oder Unvermögen der politischen Herrschaftsträger, sie zu erfüllen, andererseits den grundsätzlichen Widerspruch im politischen Prozess. Solange die Herrschaftsträger und die politische Gemeinschaft nicht beginnen, diesen aufzulösen, werden wir es mit einer latenten Krise des politischen Systems zu tun haben. Sie wird am stärksten dort durchschlagen, wo wirtschaftliche Schwäche, sozioökonomische Verwerfungen und politische Steuerungsdefizite zusammenkommen und sich gegenseitig verstärken. Das scheint vor allem in Kirgisistan und Tadschikistan der Fall zu sein.[41]

Ob und in welcher Form die Krise in einen offenen Konflikt umschlägt, hängt wesentlich von zwei Faktoren ab: erstens von der subjektiven Wahrnehmung der Widersprüche und deren Übersetzung in eine Sprache, mit der sich die Mehrheit der politischen Gemeinschaft zu assoziieren vermag; und zweitens vom Kräfteverhältnis zwischen den Konfliktseiten. Wesentlich ist auch der Charakter der Widersprüche: ob sie friedlich und auf Konsensbasis regelbar sind oder einen eher unüberbrückbaren, d.h. andere Seiten ausschließenden Charakter aufweisen.

Die Widersprüche in Bezug auf die Lösung der *sozialen Fragen* und daraus zu erwartende Konflikte können leicht eine große gesellschaftliche Breitenwirkung erreichen und grundsätzliche Aspekte wie z.B. die ordnungspolitische Orientierung des Staates in Frage stellen. Letzteres kann in Zentralasien mit seiner muslimischen Bevölkerungsmehrheit nicht ausgeschlossen werden. Die Anreicherung sozialen Protests mit religiösen, islamischen Werten ist hier bereits im vollen Gange. Wann der politische Islam mit einer soziale Gerechtigkeit einfordernden Sprache ins Spiel kommt, scheint nur eine Frage der Zeit. Die Mechanismen einer solchen Entwicklung wären nicht neu: Zunächst äußern sich die sozialen Erwartungen der Bevölkerung in religiöser Verbrämung, bevor sie sich dann unter bestimmten Bedingungen in einem zweiten Sprung in konkrete politische Ziele umwandeln – in die Forderung nach einem islamischen, sozial gerechten Staat.

---

41 Die Jugendarbeitslosigkeit in Tadschikistan liegt nach Einschätzung tadschikischer Experten bei 60 Prozent. 2007 lebten 17,4 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Versorgungsgrenze mit Lebensmitteln. Im UNDP Human Development Index liegt Kirgisistan auf Rang 126, Tadschikistan belegt Rang 127 von insgesamt 187 Staaten (Rang 187: Demokratische Republik Kongo, Rang 1: Norwegen); siehe UNDP Human Development Index (HDI) – 2011 Rankings, unter: http://hdr.undp.org/en/statistics. Im Failed State Index des Fund for Peace erreicht Kirgisistan mit 91,8 (von maximal 120) Punkten Rang 31 (von 177 Staaten), Tadschikistan belegt mit 88,3 Punkten Rang 39 (Rang 1 der gescheiterten Staaten hält mit 113,4 Punkten Somalia, Finnland liegt mit 19,7 Punkten auf Platz 177); siehe The Fund for Peace's Failed States Index, unter: http://www.fundforpeace.org/global/?q=fsi. Als Indikatoren wurden herangezogen: massives Aufkommen von Flüchtlingen bzw. Binnenvertriebenen, ungleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung, Armut, Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit.

Einem solchen Verlauf käme entgegen, dass soziale Bewegungen, Gewerkschaften oder linke Parteien und Strömungen mit alternativen Projekten für soziale Gerechtigkeit in der politischen Szene Zentralasiens schwach sind. Außerdem haben die säkularen politischen Parteien ohnehin einen relativ geringen und zudem weiter abnehmenden Breiteneinfluss.[42] Infolgedessen kommt die große menschliche Protestenergie in der sozialen Frage dem politischen Islam zugute.

Der zweimalige Sturz der Herrschaftsträger in Kirgisistan reichert den politischen Prozess in Zentralasien mit neuen Erfahrungen und Fragen hinsichtlich zweier weiterer zentraler Konfliktfelder an: der Eigentumsrechte und der Fähigkeit der Herrschaftsträger zu konfliktreduzierender Koordinierung der Interessen der gesellschaftlichen (Sub-)Systeme.

Zur Eigentumsfrage

Die endgültige und verfassungsrechtlich garantierte *De-facto*-Eigentumssicherung ist ein wesentlicher Konfliktfaktor in den zentralasiatischen Eliten. In Zentralasien bedeutet die *De-jure*-Sicherung von Privateigentum bei Weitem noch kein *De-facto*-Eigentumsrecht. Letzteres hängt in letzter Instanz von der Duldung durch die Behörden ab. Willkürliche Enteignungen durch „interessierte" Herrschaftsträger sind noch immer an der Tagesordnung. In Kasachstan beklagten in einer soziologischen Untersuchung 56 Prozent der befragten Unternehmer ihre Abhängigkeit von der herrschenden politischen Elite.[43] In Kirgisistan führte die Machtübernahme durch den zweiten Präsidenten Bakijew zu einer massenhaften Konfiszierung und Umverteilung von Eigentum.[44] Dieser Konfliktgegenstand erhält durch die Verflechtung von politischer und ökonomischer Macht starke politische Brisanz. Denn in beiden kirgisischen Umstürzen wurde der gleichzeitige, ja nachgerade „automatische" Verlust von politischer Herrschaft *und* wirtschaftlichem Eigentum erstmals in Zentralasien zur realen Variante der politischen Konkurrenz und Fragmentierung in und zwischen den Eliten. Offen bleibt, inwieweit diese neue Realität die Herrschaftsträger zum Nachdenken darüber anregt, wie sie im Falle eines politischen Machtverlusts wenigstens ihr wirtschaftliches Eigentum retten können. Es kann also angenommen werden, dass die neue

42 Der UNDP Regional Human Development Report stellt hierzu fest: „Die Mitgliedschaft in einer Vereinigung, einem Club oder einer Freizeitgruppe ist in Zentralasien (Tadschikistan: 21 Prozent) und Kasachstan (21 Prozent) am niedrigsten. […] Sechs Prozent der Befragten im Social Inclusion Survey gaben an, sich parteipolitisch zu betätigen (weit hinter der Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen). Politisch aktive Männer in Tadschikistan […] machen 14 Prozent der Befragten aus. Mit vier Prozent lag die Mitwirkung in politischen Parteien in Kasachstan am niedrigsten. […] Frauen sind im politischen Leben stark unterrepräsentiert." UNDP Regional Human Development Report, a.a.O. (Anm. 19), S. 31-32.

43 Vgl. Syroežkin, a.a.O. (Anm. 11), S. 133.

44 Vgl. Omarov, a.a.O. (Anm. 14), S. 213. Es sei daran erinnert, dass das gleiche Phänomen auch in der Ukraine zu beobachten war, als Julia Timoschenko kurzzeitig als Ministerpräsidentin an die Macht kam.

Bourgeoisie als Ganzes bereit wäre, sich auf eine Beibehaltung des bereits gängigen Prinzips der Unteilbarkeit von politischer und ökonomischer Macht zu verständigen, dann aber zu allgemeinverbindlichen Spielregeln. Sollte sich Letzteres allerdings als nicht erreichbar erweisen, behält die Eigentumsfrage nicht nur ihre Sprengkraft in und zwischen den Eliten, sondern könnte sogar zu einem unüberbrückbaren Konflikt führen.

Zur Koordinierung der Interessen der gesellschaftlichen (Sub-)Systeme

Mit der Abschaffung des Präsidialregimes und dem Übergang zum parlamentarischen System zog die 2010 in Kirgisistan an die Macht gekommene Gruppe die Schlussfolgerung aus dem Versagen, die Interessenskonflikte der regional fragmentierten Eliten im Norden und im Süden Kirgisistans zivil zu regeln. Das Versagen der beiden vorherigen Präsidenten Akajew (aus dem Norden) und Bakijew (aus dem Süden) gerade in dieser Frage führte zu zwei Staatsstreichen – Süd gegen Nord und umgekehrt. Dies beleuchtet zugleich eine Problematik von allgemeiner regionaler Relevanz: die Tendenz zur Herausbildung „einzelner Kraftzentren, die gesellschaftspolitische Geltung beanspruchen. [Diese Tendenz] droht die Balance zwischen den einzelnen Zentren aus dem Gleichgewicht zu bringen und führt zu Interessenkonflikten zwischen praktisch allen Gruppen des politischen Establishments. Infolgedessen wird sich die politische Landschaft, die bisher verhältnismäßig homogen erscheint, angesichts des Fehlens geregelter Mechanismen der Herrschaftsnachfolge in eine Arena von Interessen- und Rivalitätskonflikten zwischen Gruppierungen und Allianzen verwandeln.“[45]

Die kirgisische Entscheidung hat mit der Frage nach der Kohärenz der politischen Regime in Zentralasien ein kritisches Thema auf die Tagesordnung zentralasiatischer und europäischer Politik gesetzt, und hier vor allem auf diejenige der OSZE, haben sich doch die Staaten der Region mit der Anerkennung der Charta von Paris für ein neues Europa von 1990 dazu verpflichtet, „die Demokratie als die einzige Regierungsform [...] aufzubauen, zu festigen und zu stärken“.[46]

Damit öffnet sich eine Zwickmühle: Einerseits ist der Westen mit der seinem Demokratieverständnis nicht entsprechenden Gestaltung der präsidialen Regime in Zentralasien unzufrieden, andererseits scheinen diese aber auch mit der Spezifik der traditionalen Organisation der eigenen Gesellschaften zu kollidieren. Die zentralasiatischen Regime befinden sich somit in einem innerstaatlichen wie internationalen Zwiespalt.

Zweifel an der Wahl zwischen präsidialem und parlamentarischem Regime unter den zentralasiatischen Rahmenbedingungen meldeten regionale Exper-

45 Syroežkin, a.a.O. (Anm. 11), S. 189.

46 Charta von Paris für ein neues Europa. Erklärung des Pariser KSZE-Treffens der Staats- und Regierungschefs, Paris, 21. November 1990, in: Ulrich Fastenrath (Hrsg.), KSZE/ OSZE. Dokumente der Konferenz und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Köln 2008, Kap. A.2, S. 2.

ten bereits in einer Einschätzung zum kirgisischen Machtwechsel 2010 an: „Für die noch verhältnismäßig schwachen Staaten Zentralasiens erweist sich das Präsidialregime mit seiner Machtkonzentration in den Händen des Staatsoberhauptes und dem Fehlen eines Systems von Kräften und Gegenkräften als nicht optimal. Andererseits ist es äußerst schwierig, die Vor- und Nachteile einer präsidialen bzw. parlamentarischen Republik gegeneinander abzuwägen. Bei allen negativen Eigenschaften des Präsidialregimes – angesichts der gesellschaftlichen Fragmentierung, unvermeidlicher partikularistischer Konflikte und von Wahlmanipulationen würde auch die Ausstattung des Parlaments mit größeren Rechten ein Land unregierbar machen."[47]

Andererseits verschärft der gegenwärtige Zustand der Machtmonopolisierung durch gesellschaftliche Minoritäten einen der „Pyramide" inhärenten Widerspruch zwischen den gesamtgesellschaftlichen Pflichten des Herrschers, der „für die physische und materielle Absicherung des Herrschaftsverbandes verantwortlich ist",[48] einerseits und der permanenten Konkurrenz und dem Misstrauen zwischen den Subsystemen der politischen Gemeinschaft und gegenüber den Herrschaftsträgern andererseits. Das traditionelle System entsprach diesen zwei unterschiedlichen Zugrichtungen, die sich gegenseitig ausschließen und ergänzen und insofern ein spezifische Variante von Kräften und Gegenkräften verkörpern, durch informelle, (noch) nicht institutionalisierte Mechanismen des Interessenausgleichs (*„Mahalla"* und andere Konsultationsformen) zwischen Klans, Großfamilien, Stämmen und anerkannten Führern. Auf diese Art und Weise kam ein „Gesellschaftsvertrag" zu strategisch wichtigen Fragen zustande, der sich auf seine Verankerung in den und Legitimation durch die traditionellen Strukturen berufen konnte. Der jetzige Zustand mehr oder weniger minoritärer Machtmonopolisierung stellt hingegen dieses System auf den Kopf, provoziert den sozialen Habitus der traditionalen Gesellschaft und beraubt sie ihrer „natürlichen" Fähigkeit zur Konfliktbewältigung.

Damit stellt sich die Frage nach dem „starken Staat", der eine unverzichtbare Voraussetzung für die Steuerung der komplizierten Transformations- und Staatsformungsprozesse ist – nach seinem Charakter und seiner Vereinbarkeit mit Demokratie sowie deren zentralasiatischer Ausformung. Die Antwort ist im Verständnis der Formel „starker Staat" selbst zu suchen. Unter den gegebenen Verhältnissen müsste dieser ein Regime sein, das im Stande ist, die „Pyramide" wieder auf ihre Füße, d.h. eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen. Dem würde ein intermediäres Regierungssystem am nächsten kommen. Dieses müsste in der Lage sein, in der Verfassung verankerte Kompromissmechanismen zwischen den Subsystemen und dem politischen Regime zu schaffen. Das hätte den Vorzug, dem Übergangscharakter der Gesellschaft

47 Arne Seifert/Irina Zvjagelskaja, Razvitie političeskoj situacii v gosudarsvach Centralnoj Azii [Die Entwicklung der politischen Lage in den zentralasiatischen Staaten im Kontext der Transformation], Moskau 2010, S. 9-10.

48 Jung, a.a.O. (Anm. 16), S. 141.

Rechnung zu tragen, in dem Formen traditionaler sowie beginnender bürgerlicher Vergesellschaftung gleichzeitig existieren und miteinander in Konflikt geraten. Es würde den Weg in eine spezifisch zentralasiatische Form repräsentativer Demokratie öffnen und die Gesellschaft auf das Hineinwachsen in diese vorbereiten. Es hätte den Vorteil, mittels seiner Kompromissmechanismen flexibel auf gesellschaftliche Spannungen reagieren zu können. In einem solchen evolutionär ausgerichteten Prozess könnte sich ein stärker auf die Interessen der politischen Gemeinschaft konzentrierter Regierungsansatz entwickeln, der auch den Charakter politischer Herrschaft verändert – weg von direkten, autoritären Eingriffen in die Gesellschaft, einer einzigen (partikular) gestützten Machtressource und der Handlungsautonomie der Staatsmacht. „Im Ergebnis dessen bilden sich transparente Spielregeln heraus, erlangt die Politik öffentlichen Charakter, wächst die gesellschaftliche Kontrolle der Herrschaftsträger. Ein solcher Prozess erhöht die Legitimität der Macht und des Eigentums, verleiht dem politischen System Dynamik und erhöht die Stabilität des Landes. Die Gesellschaft wird befähigt, zur Lösung bestehender Probleme beizutragen, und übernimmt somit ihren Teil der Verantwortung für die Zukunft ihres Landes.“[49]

49 Syroežkin, a.a.O. (Anm. 11), S. 156.